



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Bildungsausschusses am 02.04.2024**

öffentlich

Ort:	Stadthaus, Kleiner Saal, Marktplatz 2, 06108 Halle (Saale),
Zeit:	17:02 Uhr bis 18:25 Uhr
Anwesenheit:	siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Claudia Schmidt
Anja Krimmling-Schoeffler

Hendrik Lange
Christian Feigl

Melanie Ranft
Carsten Heym
Andreas Schachtschneider
Dr. Silke Burkert
Dr. med. Detlef Wend

Andreas Hemming
Friedrich Lemberg
André Scherer
Andreas Slowig
Birgit Marks
Jan Riedel
Jasmin Scholtbach

CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale),
Vertretung von Frau Mackies
Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
Vertretung von Frau Dr. Brock-Harder
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
AfD-Stadtratsfraktion Halle
Fraktion Hauptsache Halle
SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Fraktion MitBürger,
anwesend bis 18:05 Uhr
Sachkundiger Einwohner
Sachkundiger Einwohner
Sachkundiger Einwohner
Sachkundiger Einwohner
Sachkundige Einwohnerin
Sachkundiger Einwohner
Sachkundige Einwohnerin

Verwaltung

René Rebenstorf
Alexander Frolow
Susanne Schultze
Markus Petzold
Clemens Flämig
Annika Seidel-Jähnig

Lisa Leluk

Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt
Fachbereichsleiter Bildung
Abteilungsleiterin Hochbau Schulen
Schulnetzplaner
Chorleiter des Stadtsingechores
Referentin Geschäftsbereich Bildung und
Soziales
stellvertretende Protokollführerin

Entschuldigt fehlten:

Stefanie Mackies
Dr. Ulrike Wünscher
Dr. Inés Brock-Harder
Martin Bochmann
Cordula Henke
Paulin Amler

Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Fraktion Die PARTEI Halle (Saale), unabhängig
Sachkundige Einwohnerin
Sachkundige Einwohnerin

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Sitzung des Bildungsausschusses wurde von der Vorsitzenden, **Frau Schmidt**, eröffnet und geleitet. Sie stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Sie begrüßte Frau Birgit Marks als neue sachkundige Einwohnerin im Bildungsausschuss.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Schmidt sagte, dass nichts von der Tagesordnung zu streichen oder auf diese zu setzen ist. Sie gab bekannt, dass unter TOP 7.1 eine Mitteilung über die Aufnahme in weiterführende Schulen SJ 2024/25 (VII/2024/07007) behandelt wird, sowie unter TOP 7.2 der Bericht Projektstand Schulbauprogramm (VII/2024/07013).

Da es keine Wortmeldungen zur Tagesordnung gab, bat **Frau Schmidt** um Abstimmung der geänderten Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Einwohnerfragestunde
4. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 05.03.2024
5. Beschlussvorlagen
- 5.1. Satzung der Stadt Halle (Saale) für den Stadtsingechor zu Halle
Vorlage: VII/2024/06778
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 6.1. Antrag der AfD- Stadtratsfraktion zur Bewerbung der städtischen Schulen für das Startchancen-Programm der Bundesregierung
Vorlage: VII/2024/06832
7. Mitteilungen
- 7.1. Mitteilung über die Aufnahme in weiterführende Schulen SJ 2024/25
Vorlage: VII/2024/07007
- 7.2. Bericht Projektstand Schulbauprogramm
Vorlage: VII/2024/07013

8. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 8.1. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Gemeinschaftsschule „August Hermann Francke“
Vorlage: VII/2024/06985
- 8.2. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Grundschule „Ulrich von Hutten“
Vorlage: VII/2024/06986
9. Anregungen
10. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 05.03.2024
11. Beschlussvorlagen
12. Anträge von Fraktionen und Stadträten
13. Mitteilungen
14. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
15. Anregungen

zu 3 Einwohnerfragestunde

Es lagen keine Einwohnerfragen vor.

zu 4 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 05.03.2024

Es lag keine Niederschrift zur Bestätigung vor.

zu 5 Beschlussvorlagen

zu 5.1 Satzung der Stadt Halle (Saale) für den Stadtsingechor zu Halle Vorlage: VII/2024/06778

Frau Ranft bat um kurze Einbringung der Vorlage durch die Verwaltung.

Herr Flämig erklärte, dass mit der Satzung eine Grundlage für das Leben im Stadtsingechor geschaffen wurde, die bei auftretenden Fragen zurate gezogen werden kann. Er fügte hinzu, dass dieses Instrument dafür genutzt werden soll, den Umgang zwischen den Elternhäusern, der Stadt Halle (Saale) und den Schülern untereinander zu regeln und das Chorleben sowie die Qualität des Chores zu sichern.

Herr Schachtschneider fragte, auf welcher Grundlage die Arbeit des Stadtsingechores bisher fugte.

Herr Flämig sagte, dass die Stadt Halle (Saale) seit Ende des Zweiten Weltkrieges Träger des Chores ist und damit dessen Fundament bildete. Zusätzlich sagte er, dass bisher mündliche Vereinbarungen die Grundlage für das Chorleben bildeten.

Frau Schmidt fragte, ob die Satzung die bisherige Chor-Praxis widerspiegelt und ob die Elternschaft in die Erstellung involviert war.

Herr Flämig bejahte beide Fragen.

Frau Dr. Burkert fragte, wer in Gesamtheit an der Erstellung beteiligt war.

Herr Flämig antwortete, dass das Chorleitungsteam, der Elternrat, der Förderverein, der Fachbereich Recht und der Fachbereich Kultur daran mitgewirkt haben.

Frau Dr. Burkert fragte, ob auch die Chormitglieder mittels Chorsprecher beteiligt waren.

Herr Flämig erklärte, dass die Satzung eine Grundlage für eine Mitgliedsvereinbarung zwischen den Eltern und der Stadt Halle (Saale) zur Mitgliedschaft im Stadsingechor darstellt und auch als Grundlage für eine Chorordnung. Er führte aus, dass es klar geregelt ist, dass die Chorsprecher in die Veränderung der Chorordnung integriert sind.

Frau Ranft fragte, ob der in der Vorlage erwähnte Chorrat und der künstlerische Beirat neu gegründet wurden.

Herr Flämig bestätigte, dass beide neu entstanden sind.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, bat **Frau Schmidt** um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt die als Anlage beigefügte Satzung der Stadt Halle (Saale) für den Stadsingechor zu Halle.

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 6.1 Antrag der AfD- Stadtratsfraktion zur Bewerbung der städtischen Schulen für das Startchancen-Programm der Bundesregierung Vorlage: VII/2024/06832

Herr Heym führte für seine Fraktion in die Vorlage ein.

Herr Schachtschneider sagte, dass das Land Sachsen-Anhalt Antragsteller bei diesem Bundesprogramm ist und dass gemäß der Stellungnahme der Verwaltung das Land einen Index erarbeitet. Er fragte, ob die Stadt Halle (Saale) vom Land dabei berücksichtigt wird.

Frau Seidel-Jähnig antwortete, dass es noch keine konkreten Informationen gibt.

Herr Heym äußerte, dass bereits vor Fertigstellung des Index gehandelt werden sollte.

Herr Dr. Wend befürwortete die Teilnahme am Startchancen-Programm, hielt jedoch den

Antrag dafür nicht als richtigen Weg.

Frau Schmidt sagte, dass sie dem Vorschlag der Verwaltung folgen wird.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, bat **Frau Schmidt** um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

Beschlussvorschlag:

1. Der Fachbereich Bildung nimmt eine Priorisierung der halleschen Schulen für den Bedarf an Schulsanierungen, (außer-) schulischen Förderungen und Betreuung/ Schulsozialarbeit vor.
2. Die betroffenen Schulen werden dem Land unter Nachweis der speziellen Bedürftigkeit zur Bewerbung beim Startchancen-Programm der Bundesregierung vorgeschlagen.
3. Die Stadtverwaltung wird gebeten den Bewerbungsprozess nach Kräften zu unterstützen und wenn eine Antragstellung notwendig wird, die Antragsunterlagen fristgemäß beim Land einzureichen.

zu 7 Mitteilungen

zu 7.1 Mitteilung über die Aufnahme in weiterführende Schulen SJ 2024/25
Vorlage: VII/2024/07007

Frau Ranft sagte, dass in der Mitteilung ersichtlich wird, dass die Anwahl an den Sekundarschulen gering ausfällt und nun trotzdem eine gegründet wird. Sie fragte, wie der weitere Prozess in dieser Thematik aussieht. Sie fragte auch nach den Hintergründen der rückläufigen Anwahl des Hans-Dietrich-Genscher-Gymnasiums. Zusätzlich fragte sie, ob die Voraussetzungen für die Heinrich Heine Gemeinschaftsschule erfüllt sind, damit sie eine eigenständige Oberstufe erhält. Abschließend kritisierte sie die Antwort der Bildungsministerin zur Neugründung der Sekundarschule in Halle (Saale).

Herr Frolow sagte, dass die zu gründende 4. Sekundarschule Teil des Schulentwicklungsplanes ist und sie im weiteren Beratungs- und Vermittlungsprozess angeboten wird. Er führte aus, dass die Bedarfe an Gesamtschulplätzen insbesondere im Bereich der integrierten Gesamtschulen nicht gedeckt sind, aber die geltende Beschlusslage eingehalten werden muss. Die rückläufige Anwahl des Hans-Dietrich-Genscher Gymnasiums konnte er sich nicht erklären. Zur Heinrich Heine Gemeinschaftsschule sicherte er eine nachträgliche Beantwortung zu.

Herr Lange brachte zum Ausdruck, dass die Statistik die eigentlichen Pläne seiner Fraktion untermauerte. Er fragte zudem, ob das Lyonel-Feiningergymnasium und das Christian-Wolff-Gymnasium einen extra Zug hinzubekommt.

Er stellte eine Unwucht bei den Gymnasialzweigen der kooperativen Gesamtschulen fest. Hier wünschte er sich, dass Schüler, die eigentlich das Gymnasium wählen, bei den Zweigen der kooperativen Gesamtschulen unterkommen.

Er berichtete, dass die KGS Humboldt unglücklich mit der Entscheidung des Landes ist, so viele Sekundarschul-Plätze und Züge aufzumachen und bat um Auskunft dazu.

Abschließend fragte er, wie man die neue Sekundarschule bei der Anwahl bewerben will.

Herr Frolow sagte, dass die Aufnahme von Zügen am Lyonel-Feininger-Gymnasium, am Christian-Wolff-Gymnasium und am Gymnasium Südstadt unumgänglich ist, obwohl die Gymnasialzweige der kooperativen Gesamtschulen in diesem Zuge durch die Verwaltung stets mit angepriesen werden.

Er fügte hinzu, dass die Plätze an den Schulen der freien Träger noch mit hinzukommt und auch das Elisabeth-Gymnasium einen Zug mehr aufmacht.

Herr Frolow führte aus, dass auch ein zusätzlicher Zug an einer integrierten Gesamtschule in Prüfung ist und dass Sekundar- und Gemeinschaftsschulen in der Beratung immer gemeinsam angeboten werden.

Herr Petzold ergänzte, dass man aufgrund der aufgehobenen Schulbezirke für Sekundarschulen nicht davon ausgehen kann, dass die Majorität der Elternschaft sofort die neuen Anwahlregeln adaptiert. Deswegen kann es auch keine belastbare Anwahlprognose gegeben werden.

Zur Thematik an der KGS Humboldt sagte er, dass es sich um ein generelles Problem an beiden kooperativen Gesamtschulen handelt, welches in der Arbeitsgruppe Schulentwicklungsplanung diskutiert wird, um eine Lösung zu finden.

Frau Dr. Burkert fragte, ob sich bereits alle Schüler, die eine weiterführende Schule besuchen wollen, angemeldet haben.

Herr Frolow antwortete, dass 20 Schüler fehlen. Sollten diese Anmeldungen weiterhin ausbleiben, erhalten diese Schüler eine Zuweisung

Frau Dr. Burkert fragte, ob man das schlechte Anwahlverhalten der Sekundarschulen ans Land weitergeben könnte und wie die Anbindung des Grasnelkenweges an das ÖPNV-Netz gestaltet wird.

Herr Frolow antwortete, dass die Gespräche mit der HAVAG bereits laufen, jedoch kann hier erst in die Detailplanung gegangen werden, sobald die Belegung der Schule geklärt ist.

Herr Petzold ergänzte, dass eine Weitergabe an das Land möglich ist und verwies dabei auf das nächste Treffen der Arbeitsgruppe Schulentwicklungsplanung.

Herr Dr. Wend kritisierte ebenso die Antwort der Bildungsministerin zur Neugründung der Sekundarschule in Halle (Saale) und bezeichnete sie als eine Mischung aus Arroganz und Ignoranz. Er stellte infrage, wer sich zukünftig für eine Laufbahn in der Kommunalpolitik entscheiden soll, wenn er seine Arbeit in diesem Maße um die Ohren gehauen bekommt. Er fügte hinzu, dass die getroffenen Beschlüsse schwer nach außen zu vermitteln sind.

Herr Heym schloss sich den Aussagen von Herrn Dr. Wend an.

Herr Schachtschneider hinterfragte, ob die zusätzlichen Züge an den Gymnasien für die Schüler ausreichen.

Herr Frolow sagte, dass mit den Gymnasien der freien Träger (Elisabeth-Gymnasium, LATINA August Hermann Francke) die zusätzlichen Züge an den städtischen Gymnasien ausreichen.

Herr Schachtschneider schloss sich dem Vorschlag von Frau Dr. Burkert an, die Anwahlzahlen an das Ministerium zu kommunizieren.

Herr Slowig fragte, was passiert, wenn die erforderliche Drei-Zügigkeit für die zu gründende neue Sekundarschule nicht zusammenkommt.

Herr Petzold bestätigte, dass diese Schule dann nicht gegründet wird. Er erwähnte, dass erst konkrete Aussagen zur Belegung der Schule getätigt werden können, wenn auch alle Zahlen der Schulen in freier Trägerschaft zur Verfügung stehen.

Herr Lemberg fragte, wie viele der überzeichneten Plätze z.B. als Zweitwunsch eine Schule angegeben haben, die momentan noch nicht ausgelastet ist.

Herr Frolow sagte, dass es dazu keine Statistik gibt, jedoch alle Eltern, bei dessen Kindern der Erstwunsch nicht erfüllt werden kann, kontaktiert werden, um die beste Variante zu erörtern.

Frau Schmidt begründete den im Stadtrat gefassten Beschluss damit, dass für die integrierte Gesamtschule eine durchgehende hohe Anzahl an Schülern notwendig ist, die in der Stadt so nicht gegeben sind.

Herr Dr. Wend sprach sich gegen den gefassten Beschluss aus, da er sich dem Willen der Eltern entgegenstellt.

Herr Schachtschneider stellte einen Geschäftsordnungsantrag auf Abbruch der Debatte.

Geschäftsordnungsantrag

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

Herr Lange bezeichnete den Versuch des Ministeriums, möglichst viele Sekundarschulen im Land Sachsen-Anhalt zu halten bzw. neu zu gründen, als ideologiegetriebene Politik bzw. als extremen Versuch, das gegliederte Schulsystem zu erhalten. Er äußerte nochmals sein Unverständnis über die Gründung einer neuen Sekundarschule, obwohl die bestehenden schon nicht ausgelastet sind.

Herr Riedel fragte, ob die neue Sekundarschule dann tatsächlich den Titel „Halle-Ost“ trägt. Zusätzlich fragte er, ob die Verwaltung daraufsetzt, dass die Sekundarschule gar nicht gegründet wird. Er stellte die Vorzüge der Gemeinschaftsschule heraus und wünschte sich eine Stärkung dieses Schultyps in Halle (Saale). Er äußerte, dass er das progressive Bewerben der zu gründenden Sekundarschule vermisst.

Herr Frolow sagte, dass die bunte Schullandschaft in Halle auch viele Vorteile hat und er die Schulpolitik des Landes nicht subjektiv bewerten wird. Er fügte hinzu, dass die Stadtverwaltung jegliche Schulformen unterstützen wird, aber die Grundentscheidung der Eltern, welche Schulformen sie anwählen, nicht abnehmen kann. Ebenso begründete er die Verzögerung damit, dass der Beschluss erst am 28.02.2024 durch den Stadtrat gefasst, die neue Satzung erst seit 28.03.2024 bekannt gemacht und so eine rechtliche Grundlage für die Verwaltung geschaffen wurde.

Herr Petzold ergänzte, dass der Name „Halle-Ost“ nur als Platzhalter diene und die Schule in der Regel noch als „4. Sekundarschule“ betitelt wird.

Frau Dr. Burkert fragte, ob die Ottostraße dem halleschen Osten oder Süden zugeordnet wird.

Herr Rebenstorf antwortete, dass die Ottostraße zum halleschen Süden gehört.

zu 7.2 Bericht Projektstand Schulbauprogramm
Vorlage: VII/2024/07013

Herr Schachtschneider fragte welche Restleistungen bei der Grundschule „Hans Christian Andersen“ noch offen sind.

Frau Schultze antwortete, dass die Außenanlagen noch nicht fertiggestellt sind. Sie sagte, dass in den Sommerferien noch der Kunststoffbelag auf die Laufbahn aufgebracht wird und die Treppe im Haupteingang vollendet wird.

Herr Schachtschneider fragte, nach den Starkregenereignissen im Winter 2023/24 und wie diese die Sanierung der Grundschule Silberwald und der Förderschule „Janusz Korczak“ beeinflussten.

Frau Schultze antwortete, dass die Baugrube noch offen war im benannten Winter, sodass es zum Wassereintritt ins Kellergeschoss kam

Herr Schachtschneider bezog sich auf die Grundschule „Rosa Luxemburg“ und fragte, ob bei einem beginnenden Gremienlauf im August 2024 der Baubeginn im zweiten Quartal 2025 gehalten werden kann.

Frau Schultze verwies auf den bereits gefassten Variantenbeschluss und sagte, dass sich die Verwaltung aktuell in der Vollendung der Leistungsphase 3 und 4 befindet. Sie äußerte volle Zuversicht, den Termin zu halten.

Herr Lange fragte, ob statt des zeitlich begrenzten Umzuges in die Rigaer Straße, die Containerlösung bei der Sanierung der Grundschule Otfried Preußler umgesetzt werden kann, um lange Schulwege für die Schüler zu umgehen.

Frau Schultze sagte, dass die Grundschule 27 Klassen beinhaltet und während der Sanierung dementsprechend auch 27 Klassenräume zur Verfügung gestellt werden müssen, während die Container nur 11 beherbergen. Sie führte aus, dass die Schule in der Rigaer Straße, die einzige mit einer derartigen Kapazität ist.

Frau Dr. Burkert kritisierte, dass die Schuleröffnungsfeier der Grundschule „Hans Christian Andersen“ am Vormittag stattfindet, sodass eine Teilnahme für ehrenamtliche Stadträte nicht möglich ist. Sie fragte, ob bei der Eröffnung der nächsten Schule der Termin nicht auf den Nachmittag verlegt werden könnte.

Frau Schultze sagte zu, diese Anregung weiterzugeben.

zu 8 Anfragen von Fraktionen und Stadträten

zu 8.1 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Gemeinschaftsschule
„August Hermann Francke“
Vorlage: VII/2024/06985

Frau Dr. Burkert bedankte sich für die umfangreiche Beantwortung der Fragen seitens der Verwaltung. Sie berichtete von den unzureichenden Reinigungsarbeiten und fragte, wie die Arbeiten vergeben werden. Zusätzlich fragte sie, ob es möglich ist, dass man in einem bestimmten Zyklus Renovierungsarbeiten in Schulen wahrnimmt und nicht nur ausbessert, damit die positiven Auswirkungen der Sanierungsmaßnahmen länger wirken.

Herr Frolow sicherte eine nachträgliche Beantwortung dieser Fragen zu.

Herr Lembergt bezog sich auf die Antwort zur Frage Nummer 6 und fragte, ob auch an anderen Schulen die Inbetriebnahme von iPads im April erfolgt, da auch an anderen Einrichtungen Probleme bestehen.

Frau Schultze sagte, dass die Einrichtung durch die Firma TRUST erfolgt, die jede Schule nacheinander abarbeitet.

zu 8.2 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Grundschule „Ulrich von Hutten“
Vorlage: VII/2024/06986

Frau Dr. Burkert fragte, wie die Stadtverwaltung den Sachverhalt bewertet, dass zwei Schulen in Halle nach Ulrich von Hutten benannt sind. Zusätzlich fragte sie, wann das Pflaster im Eingangsbereich auf der linken Seite der Grundschule Hutten instandgesetzt wird.

Herr Frolow verwies hinsichtlich der Namensproblematik auf die Antwort der Verwaltung, welche im Session hinterlegt ist. Zu den Pflasterarbeiten sicherte Herr Frolow eine nachträgliche Beantwortung zu.

Herr Riedel plädierte dafür, die Thematik der Umbenennung in dem von der Verwaltung vorgeschlagenen Rahmen zu behandeln.

zu 8.3 Anfrage der Stadträtin Frau Dr. Burkert zu Wohnheimen

Frau Dr. Burkert bemerkte, dass es zu wenig Wohnheimplätze für Berufsschüler in Halle gibt und fragte, ob die Verwaltung etwas plant, um die Situation zu verbessern.

Herr Frolow verwies auf die Besprechung der Thematik in der Februarsitzung des Bildungsausschusses. Er fügte hinzu, dass in der Haushaltsplanung für nächstes Jahr bedacht wird, neue Mittel für einen Aufwuchs an Wohnungen zu generieren.

Herr Feigl wies die Verwaltung auf ein ehemaliges Wohnheim in der Richard-Paulick-Straße hin.

zu 9 Anregungen

Es gab keine Anregungen.

Frau Schmidt beendete die öffentliche Sitzung des Bildungsausschusses und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Claudia Schmidt
Ausschussvorsitzende

Lisa Leluk
stellvertretende Protokollführerin